

## Muss es in Accra einen Nord-Süd-Konflikt im Blick auf eine klare Stellungnahme zum Neoliberalismus geben?

Bemerkungen zu Ulrich Möller, Folgt im ökumenischen Prozess des Bekennens jetzt die Feststellung des *status confessionis*? Standortbestimmung vor der Generalversammlung des Reformierten Weltbundes 2004 in Accra, in: Ökumenische Rundschau, 53/2004, 176–189.

Mein Freund und Mitstreiter im *processus confessionis*, Ulrich Möller, hat eine Analyse der Lage vor der Generalversammlung des Reformierten Weltbundes (RWB) gegeben, die offenbar zwei Ziele hat: einmal zu verhindern, dass es in Accra zu einem Konflikt zwischen Nord- und Südkirchen im Blick auf eine klare Stellungnahme zum Neoliberalismus kommt; zum anderen durch dialogisches Vorgehen eine möglichst breite Basis in den Nordkirchen zu gewinnen für gerechtes Wirtschaften. Ich stimme diesen Zielen zu. Er will diese Ziele aber erreichen, indem er empfiehlt, die Beschlüsse in Accra auf folgende allgemeine Formulierung zu beschränken: „Prozess des Eintretens für globale Gerechtigkeit in der Wirtschaft und für die Erde auf der Grundlage des Bekenntnisses zum Gott der Gerechtigkeit“, ohne klar zum Neoliberalismus Stellung zu nehmen. Das werden aber nicht nur die meisten Delegierten aus dem Süden, sondern auch viele aus dem Norden ablehnen. Der Konflikt wird also durch eine solche Argumentation eher angeheizt. Das Forum der Mitgliedskirchen des RWB in London-Colney (im Februar 2004), das eine klare Glaubensverpflichtung gegenüber dem Neoliberalismus als Vorlage für Accra vorbereitet hat, war ja bereits ein weltweites Treffen von Delegierten aus Nord und Süd. In der mir leider nur zur Verfügung stehenden Kürze möchte ich einen anderen Weg zum gemeinsamen Bekennen vorschlagen: den der präziseren Klärung der Begriffe.

### *1. Zu den analytischen Fragen des Neoliberalismus*

M. begründet seinen Vorschlag, eine gemeinsame konkrete Entscheidung zum Neoliberalismus auszuklammern, mit zwei Argumenten. *Erstens*: Die wirtschaftliche Globalisierung vollziehe sich insofern in jeweils unterschiedlichen Kontexten, als sie im Süden „als negativ bestimmendes Machtsystem erlebt wird“, im Norden dagegen in das Modell der Sozialen Marktwirtschaft eingebettet sei. *Zweitens* auf dieser Erfahrung im Norden aufbauend: „Muss die neo-liberale globale Marktwirtschaft nicht differenzierter auch als politisch kritisierbares und zu transformierendes Rechtssystem in den Blick kommen?“ (179)

Zu *M.s* erstem Argument: Die behauptete Notwendigkeit der grundsätzlichen Differenzierung zwischen den Situationen in Nord und Süd ist konstruiert. In Realität ist die sozial (und ökologisch) regulierte Marktwirtschaft nirgends mehr Rahmen oder leitendes Prinzip des gegenwärtigen Wirtschaftssystems. Vielmehr wer-

den deren Errungenschaften systematisch abgebaut – im Süden unter dem Namen Strukturanpassungsprogramme (SAPs), bei uns auf europäischer und nationaler Ebene unter den Namen „Sparprogramme“, „Stabilitätspakt“ und „Reformen“. Diese laufen alle darauf hinaus, den Armen immer mehr wegzunehmen, immer mehr Menschen aus der formalen Wirtschaft durch Arbeitslosigkeit auszuschließen und die Arbeitenden mit immer mehr Steuern zu belasten, während die Reichen von der steuerlichen Sozialpflichtigkeit und von den Abgaben für die solidarischen sozialen Sicherungssysteme immer mehr entlastet werden, so dass ihr kapitalförmiges Eigentum ständig wachsen kann. Das wird ausdrücklich mit der herrschenden, nämlich der neoliberalen Form der Globalisierung begründet. An den Rändern (d.h. in den Ländern des Südens) wird die Herrschaft des neoliberalen Modells nur schon deutlicher als im Zentrum. Um so mehr müssen die Kirchen des Nordens aus Solidarität nicht nur mit dem Süden, sondern mit ihren eigenen Bevölkerungen dieses System gemeinsam ablehnen und um Alternativen kämpfen. Wie sehr die neoliberale Globalisierung längst schon ein Konzept „aus einem Guss“ darstellt, wird zudem daran deutlich, dass es die von den Ländern und Interessen des Nordens dominierten Organisationen wie IWF, Weltbank und WTO sind, die die Länder des Südens seit mehr als 20 Jahren zur Umsetzung neoliberaler Politik zwingen.

*Zum zweiten Argument:* Es handelt sich um einen Widerspruch in sich zu behaupten, der Neoliberalismus sei sozial zu gestalten. Denn er hat sein Wesen darin, sozialstaatliche Regulierung im Prinzip grundsätzlich und in der Praxis weitgehend abzulehnen. Theoretisch wie faktisch macht er den Sozialstaat zum Wettbewerbsstaat, d.h. er setzt mit allen Mitteln der Macht die Interessen der Kapitaleigner durch.

Auf diesem Hintergrund verwerfen die Kirchen des Südens die neoliberale Form der Globalisierung und fordern die Kirchen des Nordens auf, es ihnen gleichzutun. Wenn sich nun die Kirchen des Nordens unter Verweis auf die Errungenschaft der Sozialen Marktwirtschaft in ihren Ländern dieser Aufforderung verweigern, so verschweigen sie nicht nur, dass sich deren Reste im Zeitalter des Neoliberalismus auch bei uns aufzulösen drohen, sondern übersehen zudem, dass die Soziale Marktwirtschaft in Abgrenzung zum Neoliberalismus klar als ein anderes Modell verstanden werden muss. Zweifelsohne basiert auch sie auf Privateigentum und Vertragsfreiheit; deren Gebrauch bzw. Inwertsetzung werden aber im Unterschied zum neoliberalen Modell durch ordnungspolitische Rahmenbedingungen und sozialpolitische Umverteilungspolitiken von oben nach unten im Interesse eines sozialen Ausgleichs bewusst gesteuert. Insofern stellt das Plädoyer der Kirchen des Nordens für den Erhalt der Sozialen Marktwirtschaft implizit nichts anderes dar als die Ablehnung des Neoliberalismus. Gewiss muss die Soziale Marktwirtschaft ökologisch und entwicklungspolitisch weiterentwickelt werden, was besonders ihre Gründung auf unbegrenztes Wachstum betrifft. Auch lässt sie sich in Zeiten der Globalisierung nicht mehr allein nationalstaatlich verteidigen. Darum gilt es, sie auch auf europäischer und globaler Regulierungsebene neu zu erkämpfen. Aber genau das versuchen die gegenwärtigen Machtzentren der Finanzmärkte und der

US-Regierung zu verhindern – und die Mehrheit in der EU folgt diesem Trend. Dies macht es um so notwendiger, dass die Kirchen des Nordens und Südens gemeinsam klar gegen den Neoliberalismus Stellung nehmen und für eine „Wirtschaft im Dienst des Lebens“ eintreten.

Darum ist es aus doppeltem analytischen Grund irreführend, sich unter Verweis auf die o.g. Argumente einem gemeinsamen Bekennen der Kirchen gegen die neoliberale Globalisierung zu versagen. Wenn die Nordkirchen sagen würden, die herrschende Lehre und Praxis des Neoliberalismus sei klar abzulehnen, eine sozial und ökologisch regulierte Marktwirtschaft sei in gemeinsamer Anstrengung aller Kirchen und sozialen Bewegungen zu erkämpfen, wäre ein gemeinsames Bekennen in Wort und Tat möglich.

## *2. Zu den ekklesiologischen Fragen des status confessionis*

M. bringt drei ekklesiologische Gegenargumente gegen eine klare kirchliche Entscheidung im Zusammenhang des Neoliberalismus vor:

(1) *Beim status confessionis gehe es nur um „die Einheit der Kirche angesichts ihrer Bedrohung durch Irrlehre“ und nicht um „noch bestehende Gegensätze auf der Ebene des Erkennens“ (183).* Dieses Argument ist aus verschiedenen Gründen nicht zu halten. Einmal ist die Einschränkung auf die Frage nach der Einheit der Kirche willkürlich. Jede Situation, die einen status confessionis betrifft, hat einen besonderen, springenden Punkt, wie E. Bethge überzeugend herausgearbeitet hat.<sup>1</sup> Beim Nationalsozialismus war es der Totalitätsanspruch „ein Volk, ein Reich, ein Führer“, dem das „*allein Christus*“ entgegengestellt werden musste. Im Fall der Apartheid, Trennung, ging es darum, die *Einheit der Menschheit und die Einheit der Kirche*, das „unum“, zu bekennen. Im Fall der Wirtschaft, die nach göttlichem Mandat Lebensmittel produzieren und an alle verteilen, nicht aber Ausschluss und Zerstörung hervorrufen soll, ginge es nach dieser Argumentation um die Bedrohung des *Lebens* und darum um das *konkrete* Bekenntnis zum Gott des Lebens.<sup>2</sup>

Zum anderen darf in der Tat „die Frage nach der Grenze möglicher Kirchengemeinschaft nicht im Mittelpunkt stehen“. Nach Bonhoeffers grundlegender Arbeit zum status confessionis und der Frage der Kirchengemeinschaft ist dies überhaupt die falsche Frage.<sup>3</sup> Es geht um das synodal (konziliar) herbeizuführende korporative Bekenntnis der Kirche zu Gott in Christus in der jeweiligen konkreten Situation. Erst an dem Verhalten gegenüber dieser Einladung zum gemeinsamen Bekennen wird sich entscheiden, wer dazu gehört, wer durch weitere Kommunikation gewonnen werden kann und wer sich mit den gegen Gottes Gebot systemisch verstoßenden Mächten verbindet und sich so als „falsche Kirche“ offenbart.

Schließlich besteht selbst auf der Ebene der Lehre aller Grund, weltweit die neoliberalen „Theologien des Wohlstands“ herauszufordern. Das betrifft zwar besonders die US-gestützte „theology of prosperity“. Dem entspricht aber in Deutschland z.B. die „Handreichung“ des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer (AEU) und des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU) von 2003 mit dem Titel

„Globalisierung: Chance für alle“ – eine reine Lehre des Neoliberalismus in christlichem Gewande. Und wie steht es mit der „Christlich“-Demokratischen Union, die eine massive „Lehre“ und Praxis des Neoliberalismus vertritt? Obwohl sie nicht Teil der Kirche ist und obwohl alle politischen Parteien dem Druck der neoliberalen Globalisierung mehr oder weniger nachgeben, muss die Kirche bei der CDU klar dazu Stellung nehmen, weil dies unter dem Stichwort „Christlich“, also im Namen Christi geschieht. Sogar die Katholische Bischofskonferenz hat sich mit ihrem jüngsten „Impulstext“, „Das Soziale neu denken“, unter Anleitung des früheren Bundesbankpräsidenten Tietmeyer gefährlich auf den Weg des Neoliberalismus begeben.

Außerdem ist ein wichtiger Unterschied zu früheren Situationen des status confessionis zu beachten. Seit Mandevilles Bienenfabel und Adam Smiths „unsichtbarer Hand“ behauptet der Liberalismus, dass letztlich der Egoismus im Markt zum Wohlstand aller führt. Alle negativen Folgen werden als nichtintentionale indirekte Effekte ausgeklammert („Kollateralschäden“ in der Kriegssprache). Das ist also der Unterschied zur Zeit des Nationalsozialismus und der Apartheid, die einen status confessionis hervorriefen: Dort waren es die intentionalen, sichtbaren und hörbaren Akte, die Ausschließlichkeit und Mord, die Trennung und Diskriminierung bewirkten, im globalen Markt nach neoliberalen Modell sind es die indirekten Effekte eines intentional Wohlstand verheißenden – freilich sich offen als absolut und alternativlos bezeichnenden Systems –, die das Leben zerstören und den Tod von Menschen und Natur herbeiführen. Die „Lehre“ ist also heute subtil versteckt. Gerade darum ist es doppelt wichtig, dass die Kirche offen die Wahrheit sagt.

(2) *M. vermutet, dass die klare Ablehnung des Neoliberalismus gerade den kommunikativen Weg zur Einheit der Kirche im „Prozess des Eintretens für globale wirtschaftliche Gerechtigkeit“ behindere und zerstöre (184f).* Dieses Argument setzt voraus, dass wir jetzt „Einheit der Kirche“ hätten. Gerade dies ist aber nicht der Fall. Der Neoliberalismus selbst spaltet nicht nur die Menschheit, sondern auch den Leib Christi, wie im bisherigen processus confessionis immer wieder festgestellt wurde. Wenn im Übrigen Nordkirchen die von den Südkirchen (und auch einigen Nordkirchen) geforderte Verwerfung des Neoliberalismus ablehnen, ziehen sie faktisch, nicht notwendigerweise bewusst, die Einheit mit den Gewinnern der neoliberalen Globalisierung der Einheit mit den leidenden Verlierern nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb des Leibes Christi vor.

Für die Kommunikation ist auch wichtig zu sehen, dass es nicht darum geht, einen bestimmten ekklesiologischen Begriff für das kirchliche Stellungnehmen in dieser Situation als einzig möglichen zu vertreten – also z.B. den des status confessionis. Beide Foren der Mitgliedskirchen des RWB in Buenos Aires und London-Colney vermeiden diesen Begriff und sprechen von Faith Stance, Glaubensverpflichtung. 2002 fand in Cartigny bei Genf eine Konsultation „Ekklesiologie und ökonomische Globalisierung“ statt.<sup>4</sup> Vertreten waren die russisch-orthodoxe, römisch-katholische, anglikanische, lutherische und reformierte Tradition. Hier wurden folgende ekklesiologischen Ansatzpunkte und Ausdrucksweisen für die Verpflichtung der Kirchen

in Wort und Tat diskutiert: im Bund mit Gott sein und bleiben, Bekennen, Eucharistie, der einwohnende Christus, Gemeinschaft, Familie Gottes, Leib Christi. Es wurde festgestellt, dass sich diese Aspekte gegenseitig ergänzen. Der Begriff „Bekennen“ ist zwar unverzichtbar, weil es um Entscheidung geht. Aber warum den Begriff status confessionis zum Nebenkriegsschauplatz machen? Es geht um die Selbstverpflichtung der Kirche in Wort und Tat in der Sache.

(3) *M. behauptet im Anschluss an M. Welker, nach „der deutschen wissenschaftlichen Theologie“ sei die Frage der Entscheidung zwischen Gott und Mammon eine fragwürdige Ideologisierung „zur religiös-moralischen Mobilisierung“.*<sup>5</sup>

Die deutsche wissenschaftliche Theologie dem klaren Wort Jesu vorzuziehen, kann nicht wirklich ernst gemeint sein. Angeblich ist der Aufsatz von Welker von „unmissverständlicher Klarheit, biblisch-theologisch und systematisch begründet“. Bei Nachprüfung stellt man bei allem Respekt fest, dass Welker sich ekklektisch fast nur auf biblische Texte der Weisheit bezieht, also Tora, Propheten und Zweites Testament nahezu vollständig ausblendet. Ebenso ekklektisch ist die Auswahl der wissenschaftlichen Literatur. Der Artikel sagt mehr über die Meinungen des Autors aus als über eine gesamtbiblische und gesamtwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Problem des Geldes und vor allem des Geldes als Mammon. So unterscheidet beispielsweise der Neutestamentler Gerd Theißen im Blick auf den Neoliberalismus sorgfältig zwischen einer vielfältigen, in Universitäten diskutierten Theorie einerseits und Mammonismus, der wirtschaftlich, politisch, militärisch und ideologisch mit Macht global zur Bereicherung der Reichen durchgesetzt wird und eindeutig aus biblischer Perspektive abgelehnt werden muss, andererseits.<sup>6</sup>

Diese Absage ist ekklesiologisch nicht nur unvermeidbar im Blick darauf, ob die Kirche im biblischen Sinn Kirche bleiben oder werden will, sondern sie hat auch eine große öffentliche Bedeutung. Die Massenmedien, die zum größten Teil von Kapitalinteressen gesteuert sind, suggerieren den Menschen weltweit, dass das bestehende System der Bereicherungsökonomie für die wenigen ohne Alternative ist – eine pseudotheologische Verabsolutierung einer menschengemachten Ordnung. Eine öffentliche Absage der Kirche an dieses System würde zu dessen Entlegitimierung beitragen und alle ermutigen, die um Alternativen kämpfen und auf Alternativen hoffen.

*Fazit:* Die Kirchen in allen Sozialgestalten und Regionen müssen und können auch aus ekklesiologischen Gründen gemeinsam eine Entscheidung im Blick auf den Neoliberalismus treffen. Sie haben eine Vision, sie können sich schrittweise aus der Gefangenschaft befreien und zu innerkirchlichen und gesellschaftlichen Alternativen beitragen, die Gottes Liebe zum Leben die Ehre geben. Eine solche gemeinsame Stimme in Accra wäre ein Hoffnungssignal für die ganz Oikumene, die ganze bewohnte Erde.

*Ulrich Duchrow*

*(Ulrich Duchrow ist apl. Professor für Systematische Theologie an der Theologischen Fakultät der Universität Heidelberg.)*

ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> E. Bethge, Status confessionis – was ist das?, in: epd-Dokumentation 46/1982.
- <sup>2</sup> Vgl. U. Duchrow, Weltwirtschaft heute – ein Feld für bekennende Kirche, München 1986; ders. mit F. Hinkelammert, Leben ist mehr als Kapital, Oberursel 2002.
- <sup>3</sup> D. Bonhoeffer, Zur Frage nach der Kirchengemeinschaft, in: Werke, Bd. 14, 1996, 655ff.
- <sup>4</sup> Unveröff. Dokument des ÖRK, „Ecclesial Entry Points for Addressing Economic Globalization“, Genf 2003.
- <sup>5</sup> A.a.O, S. 185f im Anschluss an M. Welker, „Ab heute regiert Geld die Welt ...“, in: Dokumentation der Werner-Reihlen-Vorlesung, Berlin 2004, 52ff.
- <sup>6</sup> Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe der ESG/Heidelberg im Wintersemester 03/04 zum Thema.